Die Bumser und die Autonomie

Rolf Steiningers maßgebliche Aktenedition über Südtirols Krisenjahr 1961

Der Zweite Weltkrieg ist soeben beendet, da verlangt die Südtiroler Volkspartei (SVP) für den 1919 Italien zugeschlagenen Teil Tirols das Selbstbestimmungsrecht. Statt dessen Gewährung kommt es 1946 in Paris wenigstens zum Abschluss eines Schutzvertrags, welcher der Mehrheitsbevölkerung Maßnahmen zur Erhaltung ihres Volkscharakters als Deutsche und Ladiner sowie zur wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung der Provinz Bozen-Südtirol zusichert. Im Autonomiestatut von 1948 wird diese allerdings mit der Provinz Trient zur Region Trentino-Alto Adige gefügt, womit die Selbstverwaltung faktisch in den Händen der Italiener liegt. Zudem sehen sich die majorisierten Südtiroler durch forcierte Ansiedlung von Italienern bedroht. Die SVP, „Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler", lehnt sich dagegen auf, und die „Schutzmacht" Österreich führt Beschwerde wegen der „mangelhaften Durchführung des Pariser Vertrags". Wien unterstützt auch die 1957 von SVP-Obmann Silvius Magnago vor 35 000 Kundgebungsteilnehmern erhobene Forderung „Los von Trient". Als Proteste wirkungslos bleiben, wirft Bruno Kreisky, damals Außenminister, die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen (UN) auf. Deren förmliche Entschließung, Rom und Wien mögen den Konflikt auf dem Verhandlungswege beseitigen, laufen zunächst ins Leere.

Erst 1961 bequemt sich Rom zur Einsetzung einer gemischten Kommission mit dem Auftrag, Lösungsvorschläge „unter allen Gesichtspunkten zu erörtern" und zu unterbreiten. Dem gehen zwischen Brenner und Salurner Klause Verzweiflungstaten voraus: Idealisten des „Befreiungsausschusses Südtirol" (BAS) verüben Anschläge auf öffentliche Einrichtungen, sprengen Strommasten. Die Anschläge in der „Feuernacht" (auch „Herz-Jesu-Nacht") vom 11. auf den 12. Juni 1961 und die hermetische Abriegelung durch 22 000 italienische Soldaten verschaffen Südtirol für jenen Augenblick bis zum Mauerbau am 13. August die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit, was Rom unter Zugzwang setzt. Die Kommission schließt ihre Arbeit 1964 ab. Auf ihrer Landesversammlung 1969 in Meran billigt die SVP das ausgehandelte (Autonomie-)„Paket" mit denkbar knapper Mehrheit: Der enthaltene „Operationskalender" listet 137 Maßnahmen zum Schutz des deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerungsteils auf und legt fest, wie die Selbstverwaltung zu gestalten sei. Das italienische Parlament und der österreichische Nationalrat stimmen dem zu, so dass 1972 das Zweite Autonomiestatut in Kraft treten kann. Bis 1974 sollten sie erlassen sein, doch erst achtzehn Jahre später – die Wiedervereinigung Deutschlands lässt auch die Selbstbestimmungsdiskussion wiederaufleben – treten Durchführungsbestimmungen in Kraft, geben Rom und Wien vor den UN die „Streitbeilegungserklärung" ab, womit der Südtirol-Konflikt im völkerrechtlichen Sinne beendet ist.

Nach der „Feuernacht" vom 11./12. Juni 1961 nahe Bozen Abbildung aus dem besprochenen Band

Die „Bumser" – so die Bombenleger im Volksmund – hätten Südtirol die Autonomie gebracht; das Statut von 1972 sei letztlich jenen zu verdanken, die mit dem Einsatz ihres Lebens die Heimat vor Italiens Assimilierungspolitik retteten. Das ist in Kürze die gängige These derer, die, wie damalige „Aktivisten" und Angehörige der Erlebnisgeneration, die Taten nicht nur rechtfertigen, sondern ihnen Wirkkraft auf Rom zuschreiben: Ohne den BAS hätte Italien niemals besagte „Neunzehner"-Kommission eingesetzt. Anders sieht es der Innsbrucker Zeithistoriker Rolf Steininger: Die Anschläge hätten nicht nur nicht geholfen, sondern – im Gegenteil – geschadet, die „Bumser" die Selbstbestimmung sozusagen „weggebombt". Keiner der Attentäter habe damals eine Autonomie für Südtirol gewollt, sondern sie seien ausschließlich auf die Selbstbestimmung aus gewesen; mit den Bomben hätten auf andere Ziele gerichtete Verhandlungen unterlaufen werden sollen. Doch der damalige Innenminister Mario Scelba habe die Kommission gewollt, um Österreich und den Südtirolern zuvorzukommen: Sollte Wien wiederum vor den UN Klage führen, konnte Rom auf seine Gesprächsbereitschaft hinweisen. Laut Steininger habe auch der zweite Gang vor die Weltgemeinschaft nicht geholfen, sondern lediglich eine Wiederholung der Resolution von 1959 erbracht.

Der Autor untermauert seine 1999 in dem Zweieinhalbtausendseitenopus „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969" ausgebreiteten Forschungsergebnisse nunmehr durch die Herausgabe der auf sieben Bände angelegten Edition „Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969". Soeben hat er den für den Betrachtungszeitraum maßgeblichen dritten Band vorgelegt: „1961. Das Krisenjahr". 424 Dokumente sind darin aufbereitet. Was lassen sie in der Zusammenschau erkennen? Rom ist über das Innenleben der Sammelpartei genauestens im Bilde. Es reagiert doppelgleisig: mit Brutalität gegen die Unbotmäßigen und einem Gesprächsangebot, dem sich die SVP nicht entziehen kann, will sie die Abhilfe verheißende „Neunzehner"-Kommission nicht in Frage stellen. Das führt zur bedrohlichsten Krise der jungen Partei: Die (wirtschaftsnahe) Gruppe „Aufbau" wendet sich gegen Extrempositionen und Maximalforderungen, will eine neue, moderatere Politik. Fast hätte es die Volkspartei zerrissen. Die vorliegenden Dokumente geben Antworten auf zentrale Fragen der Südtirolpolitik seit 1945 und ihrer Fortentwicklung: Für alles, was nach 1961 komme, werde in dem nach Steininger „entscheidenden Jahr" das Fundament errichtet. Zweifellos belebt die Edition auch jene Debatte wieder, welche schon bei seiner erwähnten epochalen Darstellung die Leidenschaften weckte und dem Historiker den Vorwurf der „Umschreibung der Geschichte" eintrug. Allein: Gegen das aus 19 nationalen und internationalen Archiven zusammengetragene und akribisch edierte Aktenkonvolut ist schwer anzukommen – ganz gleich, ob nördlich oder südlich des Brenners dagegen anzurennen versucht wird.

REINHARD OLT

Rolf Steininger (Herausgeber): Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969. Band 3: 1961 – Das Krisenjahr. 1. Halbband: Januar – Juni, 2. Halbband: Juli – Dezember. Studien-Verlag, Innsbruck 2007. 969 S., 158,– €.